

Zürich, 23. August 2011

Themenschwerpunkte Nationalratswahlen 2011

Einleitung

Die Schweiz ist und bleibt ein Einwanderungsland. Auch wenn viele diese Realität nicht wahrhaben wollen: 1/3 oder 1.7 Mio der in der Schweiz lebenden Menschen sind sogenannte Ausländerinnen oder Ausländer. 75 Prozent dieser Ausländer gelten als Niedergelassene und leben seit mindestens 10 Jahren in unserem Land. Rund 650'000 Ausländerinnen und Ausländer, gehören zur zweiten und dritten Generation; sogenannte Secondas und Secondos. Nochmals genauso fast so viele Zweitgenerationler sind eingebürgert und haben einen Schweizer Pass. Secondas und Secondos sind meist hier geboren, haben Schule und Ausbildung in der Schweiz absolviert, haben jedoch nicht selten keinen Bezug mehr zum Heimatland ihrer Eltern. Eingebürgerte Migrantinnen und Migranten verschwinden aus den offiziellen Ausländerstatistiken. Nichtsdestotrotz werden sie aufgrund ihres Äusseren oder ihres Namens häufig weiterhin als Ausländerinnen und Ausländer wahrgenommen.

Damit Secondas und Secondos eine Stimme bekommen, kandidieren Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund in den Kantonen Aargau, Bern, Basel, Luzern, Zug und Zürich auf den Listen der Second@sPlus, der SP und der Grünen Partei für die Nationalratswahlen am 23. Oktober 2011. Mit dem Slogan «**Wer hat's erfunden?...und wer hat's gebaut? Der Ausländer!**» kämpfen wir für eigenständige Vertreterinnen und Vertreter im Nationalrat. Damit man in Bern künftig nicht über uns Migranten spricht sonder direkt mit uns.

Zuwanderungsdebatte im Schatten der Währungskrise

Mit der Personenfreizügigkeit gewann die Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum in den letzten neun Jahren stark an Bedeutung. Die Zuwanderung gilt als ein wichtiger Konjunkturindikator der Schweizer Wirtschaft. 2010 sind insgesamt 134'171 Personen in die Schweiz ein- und 65'523 Personen ausgewandert. Die Netto-Zuwanderung betrug im selben Jahr somit 67'000 Personen.

Die Experten sind sich einig, dass die Öffnung des Arbeitsmarktes die Schweizer Wirtschaft insgesamt gestärkt hat. Zusätzlich verlangsamte die Zuwanderung die Alterung der Bevölkerung und entlastete Sozialversicherungen der ersten Säule.

Dennoch möchten einige politische Kräfte ihren Wahlkampf auf dem Buckel all jener Menschen austragen, die sich nicht mit einem Stimmzettel an der Urne wehren können. Die Scheindebatte über die Nebenwirkungen des wirtschaftlichen Erfolges (Thomas Held, Magazin Aug. 2011) wie Umweltbelastung, steigende Mieten, Verkehrskollaps etc. bespielen das bekannte Sündenbockmuster aus vormaligen Wahlen. Je nach Wählerschicht wird nun das Register Umwelt oder Verdrängung der Mundart etc. gezogen. Dabei geht vergessen, dass auch wir Schweizerinnen und Schweizer bis Ende des 19. Jahrhunderts getrieben aus wirtschaftlicher Not massenhaft ausgewandert sind.

Aber gerade die Thematik der schwindenden Ressourcen und begrenzten Platzverhältnisse scheinen den Nerv der Zeit zu treffen. Wann ist das Boot voll? Als Vergleich die Stadt London. Auf einer Fläche von 1'572km², was etwas weniger als der Fläche des Kantons Zürich entspricht, leben rund 7.6 Mio Menschen. Im Kanton Zürich sind es lediglich 1.3 Mio Menschen. Die Bevölkerungsdichte von London und der Stadt Zürich sind deckungsgleich. Theoretisch könnte man die gesamte Bevölkerung der Schweiz in den Kanton Zürich umsiedeln und aus der Restschweiz einen Naturpark planen. Die Baulandreserven, die der gemeinsamen Fläche der Kantone St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden entsprechen, würden Platz für zusätzlich ca. 2,5 Mio. Menschen bieten.

Die Scheindiskussion um den knapper werdenden Raum ist spielt subtil mit Ängsten des Wahlektorates. Dabei wird Zuwanderung zu subtil mit der selbstverschuldeten Zersiedelung der Schweizer Landschaft verknüpft. Der durchschnittliche Wohnflächenbedarf einer zugewanderten Person aus dem Ausland beträgt 29.7m². Herr und Frau Schweizer benötigen im Durchschnitt 47,4m² Wohnfläche pro Person. Also rund 1/3 mehr. Es ist daher absehbar und für gewisse Personen auch beängstigend, wenn sie sehen, dass der Platz für ihr Einfamilienhaus mit Vorgarten und Garage zu verschwinden droht.

Oftmals geht vergessen, dass die Personenfreizügigkeit nicht nur allein den Zutritt zum Schweizer Markt, sondern umgekehrt auch den Zutritt zum europäischen Markt regelt. Die Zu- und Auswanderung ist nicht nur ein Segen, sondern sie stellt uns früher als erwartet vor Herausforderungen, vor denen sich die Politiker in Bern lange gedrückt haben. Es stellen sich grundsätzlich zwangsläufig Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der Integration, des Wohnen und Arbeiten, der Mobilität und Umwelt, die nur gemeinsam und im gegenseitigen Diskurs ausgehandelt werden können. Einfache Rezepte haben auch wir nicht.

Die Nationalratskandidatinnen der Second@sPlus aus den Kantonen Aargau, Bern, Basel, Luzern, Zug und Zürich, stellen sich der Diskussion und präsentieren Ansätze für eine Schweiz von morgen, in welcher Zugewanderte nicht bloss als Arbeitskraft, sondern vor allem als Menschen betrachtet werden, die unser Land nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell bereichern.